



Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau

Bericht des Bundesrates
in Erfüllung des Postulates 16.4095,
Andrea Caroni, 15.12.2016

Bern, November 2018

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3
1 Parlamentarischer Auftrag	4
2 Definition	4
3 Politische Bildung in der Schweiz	5
3.1 Obligatorische Schule - Sekundarstufe II	5
3.2 Tertiärstufe - Forschung	6
3.3 Non-formale und informelle Bildung, weitere Bereiche	7
4 Massnahmen des Bundes	8
4.1 Förderung und Information von politischer Bildung.....	8
4.1.1 Aktivitäten – Grundlagen – Zuständigkeiten	8
4.1.2 Zusammenarbeit mit den Kantonen	10
4.2 Förderung von Fachbereichen mit Schnittstellen zur politischen Bildung.....	10
5 Ausländische Beispiele der Förderung von politischer Bildung	11
6 Folgerungen des Bundesrates.....	12
7 Anhang	14
7.1 Anhang 1	14
7.2 Anhang 2	16
7.3 Anhang 3	23
8 Glossar	24

Zusammenfassung

Das Postulat «Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz» wurde am 15. Dezember 2016 von Ständerat Andrea Caroni eingereicht und am 6. März 2017 durch den Ständerat angenommen. Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht zu erstellen, der eine Gesamtschau der nationalen Landschaft politischer Bildung vermitteln soll.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation wurde mit der Bearbeitung des Postulats beauftragt. Die Erstellung des Berichts erfolgte aufgrund der Zuständigkeiten im Bildungssystem unter Einbezug kantonalen Stellen.

Der Bundesrat stellt fest, dass es auf allen Stufen und in allen Bereichen des Schweizer Bildungssystems zahlreiche Aktivitäten gibt, die dazu beitragen, die mit der politischen Bildung verfolgte Zielsetzung zu erreichen. Die Massnahmen des Bundes umfassen ebenfalls ein breites Spektrum an Aktivitäten. Es bestehen Fördermöglichkeiten und Informationsangebote verschiedener Bundesstellen. Dazu kommt die Unterstützung für Fachbereiche, über welche Zugänge zur politischen Bildung vermittelt werden können. Auch in der Zusammenarbeit mit den Kantonen wird die politische Bildung als wichtige Herausforderung angesehen.

Die Strukturen und Praktiken der Förderung von politischer Bildung haben sich bewährt. Weiterentwicklungen sowie die Behebung allfälliger Lücken sollen daher im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten erfolgen. Dabei ist der Autonomie der einzelnen Akteure sowie dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung zu tragen.

Eine umfassende Gesamtdarstellung über die Aktivitäten des Bundes fehlt aktuell jedoch. Der Bundesrat schlägt daher vor, basierend auf dem vorliegenden Bericht eine regelmässig zu aktualisierende, kurze Dokumentation zu erstellen, die stufen- und bereichsübergreifend die Aktivitäten des Bundes im Bereich der politischen Bildung erfasst. Die Dokumentation soll die Nutzung bestehender Angebote optimieren, Synergien und das Erkennen allfälliger Lücken ermöglichen. Sie soll abgestimmt auf die Bildungsberichterstattung erfolgen.

1 Parlamentarischer Auftrag

Am 15. Dezember 2016 reichte Ständerat Andrea Caroni das Postulat «Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz» ein (Anhang 1). Der Ständerat nahm das Postulat am 6. März 2017 an. Die Bearbeitung des Vorstosses wurde dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI zugewiesen, das den vorliegenden Bericht unter Einbezug kantonaler Stellen erstellt hat.

2 Definition

Das dem vorliegenden Bericht zugrunde liegende Verständnis der politischen Bildung stützt sich auf die Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, die 2010 unter der damaligen Europarats-Präsidentschaft der Schweiz verabschiedet wurde und folgendes festhält:

«Politische Bildung (Education for Democratic Citizenship): Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten, deren Ziel es ist, Lernende durch Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren.»¹

Politische Bildung beschränkt sich nicht auf die Vermittlung von Wissen. Sie soll es vielmehr ermöglichen, sich über das politisch-gesellschaftliche Leben zu informieren, sich dafür zu interessieren und eigenständig an ihm teilzunehmen.² Politische Bildung ist auch nicht auf einzelne Bildungsbereiche und –stufen begrenzt. Sie versteht sich als lebenslanger Prozess und richtet sich ebenso an Jugendliche und Erwachsene wie an Lernende, Lehrende und Erziehende und umfasst sowohl die formale als auch die non-formale und informelle Bildung. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Erwerb von politischem Partizipationsvermögen nicht nur intentional erfolgt, sondern sich auch aus der Praxis, aus Erfahrungen und Lernprozessen am Arbeitsplatz oder bei der Ausübung von Freizeittätigkeiten entwickelt und speist.³

Ist eine informierte und das Politgeschehen kritisch reflektierende Öffentlichkeit generell von essentieller Bedeutung, so ist ihrer Sicherstellung im heutigen Kontext besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Erscheinungen wie Fake News, zu Zwecken der Destabilisierung gezielt gestreute Desinformationen, postfaktisches Denken und Handeln sowie die Verbreitung von Ausgrenzung und Gewalt befürwortendem Gedankengut stellen die Demokratie vor neue Herausforderungen. Hinzu kommt die sich immer rascher und tiefergreifend vollziehende, zusehends alle Bereiche des Lebens durchdringende Digitalisierung mit ihrer Auswirkung auf politische Prozesse und damit verbundenen Forderungen wie beispielsweise der Erarbeitung einer *digital citizenship*.⁴ Im Vordergrund des vorliegenden Berichts stehen somit nicht themenzentrierte Inhalte, sondern die Befähigung zum Verständnis für Politik und deren verantwortungsbewusste Mitgestaltung sowie der dadurch zu erbringende Beitrag zur Stärkung der Demokratie und der Förderung des inneren Zusammenhalts der Schweiz.

¹ Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, in: Alexander Lötscher, Claudia Schneider, Béatrice Ziegler, Was soll Politische Bildung? Elf Konzeptionen von 1799 bis heute, Bern 2016, S. 204 ff. Der Begriff «Lernende» wird hier nicht berufsbildungsspezifisch gebraucht. Er umfasst lernende Personen aller Bildungsbereiche und –stufen.

² Béatrice Bürgler, Peter Gautschi, Historisches Lernen und Politische Bildung in der Deutschschweiz auf der Sekundarstufe I, in: Thomas Hellmuth (Hrsg.), Politische Bildung im Fächerverbund, Schwalbach 2017, S. 144.

³ Harald Welzer, Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit, Frankfurt a.M. 2016, S. 14. Iwan Rickenbacher, Jugend, Politik und politische Bildung, in: Demokratie leben, Demokratie lernen. Textsammlung im Rahmen des Europäischen Jahres der politischen Bildung, Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF, Bern 2010, S. 7.

⁴ Daniel Graf, Michael Stern, Agenda für eine digitale Demokratie. Chancen, Gefahren, Szenarien, Zürich 2018, S. 37.

Nicht behandelt wird im Folgenden die Frage, inwiefern sich die politische Bildung auf die politische Partizipation und das Stimmverhalten der Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Diese Thematik ist Gegenstand der Forschung. Auf sie einzugehen und den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu reflektieren⁵ würde den Rahmen des vorliegenden Berichtes sprengen.

3 Politische Bildung in der Schweiz

Wurde in der Schweiz früher davon ausgegangen, dass das Wecken von Interesse für die Politik und die Befähigung zur politischen Partizipation Sache der Eltern sei oder im Rahmen der Freizeit zu erfolgen habe, so ist politische Bildung heute ein fester Bestandteil des Schweizer Bildungssystems. Gesamtheitlich betrachtet⁶ ergibt sich nach Stufen und Bereichen gegliedert folgendes Bild:

3.1 Obligatorische Schule - Sekundarstufe II

Zuständig für die *obligatorische Schule* sind die Kantone. Die Vermittlung von politischer Bildung stützt sich dabei auf die sprachregionalen Lehrpläne, welche die Kompetenzen zum Thema der politischen Bildung beschreiben. Während im *Plan d'études romand* die *Education à la citoyenneté* explizit erwähnt wird,⁷ ist politische Bildung im *Lehrplan 21* für die deutschsprachige Schweiz Bestandteil des Fachbereichs *Natur, Mensch, Gesellschaft*.⁸ Da die Kantone entweder den Lehrplan 21 übernehmen oder, ausgehend vom Lehrplan 21, über einen eigenen Lehrplan verfügen, ist die Erteilung von politischer Bildung sichergestellt, auch wenn es dabei unterschiedliche Ansätze geben kann. Festzuhalten ist, dass bezüglich der zu erreichenden Bildungsziele und der zu vermittelnden Kompetenzen weitgehend Konsens herrscht. Dazu zählt unter anderem, dass die politische Bildung zum Ziel hat, Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen, oder dass politische Bildung «auf drei Handlungsebenen angelegt werden soll: die Schule als Ganzes, die Klasse und der ausserschulische Bereich.»⁹

Auf der *Sekundarstufe II* ist zwischen der beruflichen Grundbildung und den allgemeinbildenden Schulen zu unterscheiden. Die Lehrpläne der beruflichen Grundbildung stützen sich auf eidgenössische Rahmenlehrpläne, während die gymnasialen Maturitätsschulen nach Lehrplänen unterrichten, die auf dem gesamtschweizerischen Rahmenlehrplan der EDK von 1994 basieren. Für die Umsetzung kommt auch hier den einzelnen Kantons- und Schullehrplänen eine wichtige Bedeutung zu. Wie der Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats von Nationalrätin Josiane Aubert, *Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II. Eine Bilanz*, als Fazit festhält, kann die Umsetzung der staatskundlichen Bildungsinhalte als gelungen bezeichnet werden, auch wenn dabei «systematische Unterschiede» bei den Kantons- und Schullehrplänen festzustellen sind.¹⁰ Gemäss der geteilten Zuständigkeiten auf Sekundarstufe II kam der Bundesrat zum Schluss, punktuelle Initiativen im Bereich der Berufsbildung zu ergreifen und die EDK zu einer entsprechenden Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen Bildung einzuladen. Dabei seien im Rahmen zukünftiger Revisionen der Rahmenlehrpläne und Bildungspläne auf nationaler Ebene die staatskundlichen Bildungsinhalte zu konkretisieren und die Lehrpersonen zu

⁵ Dazu vgl. Bildungsbericht Schweiz 2018, S. 318 f.

⁶ Eine Darstellung mit Anspruch auf Vollständigkeit sämtlicher in der Schweiz im Bereich der politischen Bildung erfolgenden Aktivitäten würde den Rahmen des vorliegenden Berichtes sprengen.

⁷ Der Piano di studio für die italienischsprachige Schweiz führt die educazione alla cittadinanza unter dem Titel Competenze trasversali e contesti di formazione generale an.

⁸ "Politik, Demokratie und Menschenrechte" ist als fächerübergreifendes Thema auch unter der Leitidee der nachhaltigen Entwicklung im Lehrplan 21 integriert (zum Thema Bildung für eine nachhaltige Entwicklung vgl. auch Kap. 4.1.2 des vorliegenden Berichts).

⁹ Béatrice Bürgler, Peter Gautschi, Historisches Lernen und Politische Bildung in der Deutschschweiz auf der Sekundarstufe I, in: Thomas Hellmuth (Hrsg.), Politische Bildung im Fächerverbund, Schwalbach 2017, S. 152 ff.

¹⁰ Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II – Eine Bilanz. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3751 Josiane Aubert, Bern, Juni 2016 S. 3 f. Der Bericht geht von einem breiteren Verständnis von Staatskundeunterricht und einer politischen Bildung aus, welche sowohl die Vermittlung von politischem Wissen, von politikrelevanten Fertigkeiten wie auch den Aspekt *Interesse wecken* umfasst (S. 5).

sensibilisieren. Durch eine Expertendiskussion zu erarbeitende Thesen zum idealen Staatskundeunterricht auf Sekundarstufe II sollen als Grundlage dienen.

3.2 Tertiärstufe - Forschung

Hochschulen

Die Hochschulen in der Schweiz geniessen eine verfassungsmässig garantierte Autonomie.¹¹ Damit können sie in eigener Verantwortung entscheiden, welche Schwerpunkte sie in Lehre und Forschung sowie in der Weiterbildung und bei der Erbringung von Dienstleistungen setzen. Politische Bildung ist dabei ein Bereich, bei dem sich landesweit eine breite Palette an Aktivitäten vorfindet, und der hochschultypenübergreifend auf ein hohes Interesse stösst. Davon zeugen unter anderem die kürzlich von der Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden VSH unter dem Titel *Politikwissenschaft und politische Bildung* veröffentlichten Beiträge.¹² Zudem wird an den Hochschulen eine Vielzahl an Weiterbildungen im Bereich der politischen Bildung angeboten.

Bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die primär an pädagogischen Hochschulen erfolgt, sowie bei der Erstellung von qualitativ hochstehenden und innovativen Lehrmitteln für den Schulunterricht kommt der politischen Bildung eine hohe Bedeutung zu. So hat die Kammer Pädagogische Hochschulen von swissuniversities in ihrer Strategie 2017-2020 die Sensibilisierung von Lehrpersonen im Bereich der politischen Bildung ausdrücklich aufgenommen. Lehrpersonen sollen befähigt werden, entsprechende Inhalte und Anliegen fachbezogen und fächerübergreifend gemäss den sprachregionalen Lehrplänen in ihren Unterricht zu integrieren.¹³ Einzelne Fachstellen und Zentren führen zudem grenzüberschreitend angelegte Projekte durch¹⁴ und leisten regelmässig Beiträge zur Diskussion von Fragen der politischen Bildung im Allgemeinen.

Höhere Berufsbildung

Kennzeichnend für die höhere Berufsbildung ist, dass sie eine passgenaue berufliche Höherqualifizierung breiter Kreise entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ermöglicht. Durch den Einbezug der Berufsverbände und anderer Organisationen der Arbeitswelt OdA als Träger der Prüfungen und der Rahmenlehrpläne an Höheren Fachschulen HF ist sichergestellt, dass neue Qualifikationsanforderungen rasch umgesetzt werden. Elemente der politischen Bildung sind dabei in Abschlüssen vorhanden, die zur Wahrnehmung von Fach- und Führungsfunktionen berechtigen, welche – wie beispielsweise die Zollexpertin / der Zollexperte HF oder die Grenzwächterin / der Grenzwächter¹⁵ – entsprechende Kenntnisse erfordern.¹⁶ Mit der Totalrevision der Verordnung des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der Höheren Fachschulen von 2017¹⁷ wurde die Vermittlung der Allgemeinbildung gestärkt. Basierend auf den dabei neu definierten Ausbildungszielen können die OdA den Anteil an politischer Bildung bedarfsgerecht anpassen.

¹¹ SR 101, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Art. 20, Wissenschaftsfreiheit, Art. 63a, Hochschulen (Rücksicht auf die Autonomie der Hochschulen und ihre unterschiedlichen Trägerschaften).

¹² VSH-Bulletin Nr. 1, April 2017. Politikwissenschaft und politische Bildung.

¹³ https://www.swissuniversities.ch/fileadmin/swissuniversities/Dokumente/Kammern/Kammer_PH/170912_Strategie_2017-2020_d_Def_01.pdf.

¹⁴ Vgl. Basil Schader (Hrsg.), *Zur Dynamik des Aufwachsens in und zwischen verschiedenen Norm- und Bezugssystemen. Erfahrungen und Perspektiven aus dem Projekt Netzwerk Erst-, Zweit- und Interkultur NEZI*, Zürich 2016.

¹⁵ Vgl. Anhang 2

¹⁶ Höhere Fachschulen weisen 33 Rahmenlehrpläne mit 52 Fachrichtungen und über 400 Bildungsgänge aus. Eine umfassende Darstellung der dabei erfolgenden Vermittlung von politischer Bildung hätte den Rahmen des vorliegenden Berichtes gesprengt.

¹⁷ SR 412.101.61, Art. 1 Abs. 3.

Forschung

Die Förderinstrumente des Schweizerischen Nationalfonds SNF stehen auch für die Unterstützung von Vorhaben im Bereich der politischen Bildung zur Verfügung. So untersuchte der Nationale Forschungsschwerpunkt *Demokratie - Herausforderungen an die Demokratie im 21. Jahrhundert*, wie sich die Demokratie unter den Bedingungen der Globalisierung und Digitalisierung entwickelt. Ein wichtiger Aspekt bestand dabei in der konzeptuellen Erfassung des Populismus, der von ihm ausgehenden Herausforderungen für die Demokratie und die Sicherstellung einer demokratischen Kultur. Der Forschungsschwerpunkt *Demokratie* war massgeblich an der Errichtung des Zentrums für Demokratie Aarau beteiligt, das die Universität Zürich mit der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie mit dem Kanton Aargau 2009 gegründet hat.¹⁸

3.3 Non-formale und informelle Bildung, weitere Bereiche

Wie eine 2012 erschienene und vom damaligen Staatssekretariat für Bildung und Forschung unterstützte Studie festhält, sind die Jahre zwischen 18 und 25 für das politische Verhalten entscheidend, da sich in dieser Zeit die politische Identität entwickelt, die im Erwachsenenleben weitgehend beibehalten wird.¹⁹ Die im Rahmen dieser Studie durchgeführten Erhebungen zeigten, dass sich dabei unter anderem die Frage stellt, wie das politische System der Schweiz auf die Bedürfnisse junger Erwachsener eingehen kann. Eine der sich hierfür anbietenden Möglichkeiten besteht dabei im Abbau von Überforderungen bei der Partizipation an politischen Prozessen. Zu diesem Zweck wurde vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente das Programm *Easyvote* entwickelt, das sich das Ziel setzt, politische Partizipation bei jungen Erwachsenen durch einfach verständliche Abstimmungs- und Wahlinformationen sowie durch Begünstigungen von Gesprächen im sozialen Umfeld zu fördern. *Easyvote*-Broschüren werden derzeit von über 355 Gemeinden an knapp 100'000 junge Erwachsene verschickt.²⁰

Informationen über vergleichbare Initiativen für den Bereich der Erwachsenenbildung liegen derzeit keine vor. Fachkreise weisen indes darauf hin, dass das lebenslange Lernen auch unter dem Aspekt der politischen Bildung zu thematisieren ist.²¹ Da der Weiterbildungsbereich der Schweiz hauptsächlich privat organisiert ist und auf Eigenverantwortung beruht, liegt es ausserhalb des Mandats des vorliegenden Berichts, das breite Angebot an non-formaler und informeller politischer Bildung zu erfassen, wie es unter anderem durch Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Verbände, Non-Profit-Organisationen und zahlreiche weitere Akteure erbracht, laufend angepasst und weiterentwickelt wird.

Als Bestandteile der non-formalen Bildung ist sodann auf die umfangreichen ausserschulischen Aktivitäten zur politischen Bildung für Jugendliche zu verweisen, die zu zahlreich sind, um hier mit Anspruch auf landesweite Vollständigkeit angeführt zu werden. Als Beispiel erwähnt seien die auf kantonaler Ebene von Jugendparlamenten durchgeführten Tätigkeiten.²² Was die in diesem Bereich vom Bund ergriffenen Massnahmen betrifft, so erfolgt ihre Darstellung im folgenden Kapitel des vorliegenden Berichts.

Zu erwähnen sind sodann nicht dem Bereich der Bildung zuzuordnende Aktivitäten, die partizipatives Denken und Handeln fördern und dadurch auch zur Sensibilisierung für die Wahrnehmung von demokratischen Rechten und Pflichten beitragen können. Dazu zählen von der Zivilgesellschaft und

¹⁸ Zentrum für Demokratie Aarau, Jahresbericht ZDA 2017, Aarau 2018, S.5

¹⁹ Martina Rothenbühler, Franziska Ehrler, Kathrin Kissau, CH@YOUPART. Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz. Fors, Lausanne 2012, S. 1.

²⁰ Flavio Bundi, Politische Bildung – der Schlüssel zu mehr Partizipation? VSH-Bulletin Nr. 1, April 2017, S. 50. Das Programm *Easyvote* wurde gestützt auf das Kinder- und Jugendförderungsgesetz KJFG durch den Bund subventioniert.

²¹ Klaus-Peter Hofer. Demokratie braucht Erwachsenenbildung, in: Education Permanente. Zeitschrift für Weiterbildung No. 2 2018, S. 9 ff.

²² Die 70 bestehenden Jugendparlamente und Jugendräte der Schweiz und Liechtensteins sind jeweils unterschiedlich organisiert, haben aber alle zum Ziel, sich für die Jugendlichen einzusetzen. Die Jugendparlamente setzen sich unter anderem auch für die Verbesserung der politischen Bildung der Jugendlichen ein. Für weiterführende Informationen vgl. <https://www.jugendparlamente.ch>.

Graswurzelbewegungen ausgehende themen- oder lokalspezifische Initiativen sowie die Mitwirkung bei Milizorganisationen wie Feuerwehren oder Samariternvereinen, die zusätzlich zur Erbringung ihrer Schutz- und Rettungsfunktion auch gesellschaftlich wertvolle integrative Impulse vermitteln.

4 Massnahmen des Bundes

Die Massnahmen des Bundes im Bereich der politischen Bildung umfassen ein breites Spektrum an Aktivitäten. Im Vordergrund stehen dabei Fördermöglichkeiten und Informationsangebote von Bundesstellen sowie die Zusammenarbeit mit den Kantonen. Hinzu kommen Unterstützungen für Fachbereiche, über welche Zugänge zu politischer Bildung vermittelt werden können.

Die folgenden Ausführungen beruhen auf schriftlichen Rückmeldungen im Rahmen einer durch das SBFJ für den vorliegenden Bericht bundesintern durchgeführten Umfrage. Eine ämterübergreifende Dokumentation über die Aktivitäten des Bundes im Bereich der politischen Bildung als solcher und über Fördermassnahmen des Bundes für Fachbereiche mit Schnittstellen zur politischen Bildung liegt bislang nicht vor.

4.1 Förderung und Information von politischer Bildung

4.1.1 Aktivitäten – Grundlagen – Zuständigkeiten

Die Förder- und Informationstätigkeiten des Bundes im Bereich der politischen Bildung gliedern sich wie folgt:

Gestützt auf das Gesetz über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit KJFG kann der Bund Finanzhilfen gewähren. Diese werden mit klarem Erfüllungszweck an nicht gewinnorientierte private Trägerschaften sowie an Kantone und Gemeinden ausgerichtet.²³ Als Zweckbestimmung wird im KJFG explizit auch die politische Integration aufgeführt. Der Bund misst der politischen Partizipation von Jugendlichen eine hohe Bedeutung bei. Im System der direkten Demokratie sind das Erlernen von demokratischen Spielregeln und die Motivation für die Teilnahme am politischen Geschehen besonders wichtig. Unterstützt werden unter anderen folgende Initiativen, Projekte und Organisationen:²⁴

- *Campus für Demokratie*. Die Initiative der Stiftung *Dialog* hat zum Ziel, Partner im Bereich der politischen Bildung für Jugendliche zu vernetzen und innovative Umsetzungsbeispiele in ausserschulischer Jugendarbeit zu entwickeln.²⁵
- *Easyvote*. Das Programm verfolgt das Ziel, politische Partizipation bei jungen Erwachsenen durch einfach verständliche Abstimmungs- und Wahlinformationen sowie durch Begünstigungen von Gesprächen im sozialen Umfeld zu fördern.²⁶
- Dachverband Schweizer Jugendparlamente²⁷
- *engage.ch*,²⁸ Projekte wie die *Eidgenössische Jugendsession* oder die *Nationale Kinderkonferenz, politische Jungparteien*.²⁹

²³ SR 446.1, Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen KJFG. Zielgruppen des Gesetzes sind alle in der Schweiz wohnhaften Kinder und Jugendliche ab dem Beginn der obligatorischen Schule bis zum vollendeten 25. Altersjahr sowie Jugendliche bis zum vollendeten 30. Altersjahr, die ehrenamtlich in leitender, beratender oder betreuender Funktion in einer privaten Trägerschaft tätig sind.

²⁴ Die Unterstützung erfolgt gestützt auf den Zweckartikel (Art. 2) des KJFG.

²⁵ Rolf Gollob. Campus für Demokratie. VSH-Bulletin Nr. 1, April 2017, S. 43.

²⁶ Flavio Bundi, Politische Bildung – der Schlüssel zu mehr Partizipation? VSH-Bulletin Nr. 1, April 2017 S. 50.

²⁷ Politisch neutrales Kompetenzzentrum für die politische Partizipation und Bildung von Jugendlichen sowie Unterstützung bestehender und Förderung neuer Jugendparlamente in der Schweiz und in Liechtenstein.

²⁸ Onlineplattform für Jugendliche, ihre politischen Anliegen und Fragen auf einfache Art und Weise und sowohl online als auch offline einzubringen. Die Anliegen und Fragen werden auf www.engage.ch den lokalen Jugendparlamenten zugeteilt.

²⁹ Unterstützt werden Betriebsstrukturen und regelmässigen Aktivitäten.

Zuständige Bundestelle für die Umsetzung des KJFG ist das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV.

Gestützt auf das Berufsbildungsgesetz erlässt der Bund Mindestvorschriften für den allgemeinbildenden Unterricht ABU in der beruflichen Grundbildung und legt die zu berücksichtigenden Themenfelder sowie die zu erreichenden Bildungsziele im Rahmenlehrplan für den ABU fest. An Berufsfachschulen mit Berufsmaturität ist politische Bildung primär Teil des Fachs Geschichte und Politik, während die Lehrpläne der Berufsfachschulen ohne Berufsmaturität die politische Bildung mehrheitlich im ABU integrieren, der aus den zwei zu verbindenden Lernbereichen «Sprache und Kommunikation» und «Gesellschaft» besteht.³⁰ Zudem besteht die Möglichkeit der Unterstützung von Initiativen Dritter zur politischen Bildung.³¹ Voraussetzung dafür ist, dass das Vorhaben einen Bezug zur Berufsbildung ausweist. Zuständige Bundestelle ist das SBFI.

Zur Stärkung und Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung kann der Bund Finanzhilfen gewähren. Grundlage dafür ist das Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung.³² Einer der Förderschwerpunkte umfasst dabei die Unterstützung von Aktionen für die Generierung und die Diffusion von Fachwissen durch das Mitwirken in Expertennetzwerken sowie für die Ortung oder die Erschliessung von nicht oder nur unzureichend genutzten wissenschaftlichen Potenzialen.³³ Die Gewährung von Beiträgen ist vom Thema her offen und steht somit auch der politischen Bildung zur Verfügung. Nicht unterstützt werden können ausschliesslich binnenschweizerisch ausgerichtete Vorhaben.³⁴ Zuständige Bundestelle ist das SBFI.

Zu verweisen ist sodann auf die breite Palette von Dienstleistungen des Bundes, die der Öffentlichkeit zur Information über das Politgeschehen und zur Förderung des Partizipationsvermögens zur Verfügung stehen. Dazu zählen unter anderem Sessionsbesuche, Parlamentsführungen, die Angebote von junior.parl, der Plattform des Parlaments für Kinder und Jugendliche, sowie diverse Projekte wie beispielsweise die begleitende Unterstützung der bereits erwähnten Jugendsessionen im Parlamentsgebäude. Dabei soll das Projekt *Jugend debattiert* Jugendliche befähigen, sich Informationen zu beschaffen, den eigenen Standpunkt zu vertreten und unterschiedliche Meinungen zu erkennen und zu akzeptieren. Hervorzuheben ist ebenfalls die grosse Anzahl an Publikationen, Portalen und Tools wie beispielsweise die Broschüre *Der Bund kurz erklärt*, die mit der Applikation *CH info* auch digital genutzt werden kann. *ch.ch*, das Portal der Schweizer Behörden, enthält umfangreiche Informationen zur Nutzung der politischen Rechte³⁵ und hat im Oktober 2018 ein spezielles Portal für die eidgenössischen Wahlen 2019 aufgeschaltet.³⁶ Zuständige Bundesstellen sind das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV und die Bundeskanzlei.³⁷

Eine wichtige Funktion fällt der politischen Bildung auch bei der Integration von Migrantinnen und Migranten zu. Bund und Kantone finanzieren gemeinsam die kantonalen Integrationsprogramme. Diese verfolgen das Ziel, es Migrantinnen und Migranten zu ermöglichen, sich über das Politsystem der Schweiz zu informieren und die Integration zu fördern. Zuständige Bundestelle ist das Staatssekretariat für Migration SEM.

³⁰ Isabelle Stadelmann-Steffen, Daniela Koller, Linda Sulzer. Politische Bildung auf Sekundarstufe II, eine Bilanz. Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation, Bern 2016, S. 24. Der Lernbereich «Gesellschaft» gliedert sich in einzelne Aspekte wie u.a. den Aspekt «Politik».

³¹ SR 412.10, Bundesgesetz über die Berufsbildung.

³² SR 414.51, Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung.

³³ Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 S. 3179 f.

³⁴ Vgl. SR 414.513, Verordnung über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung.

³⁵ ch.ch/Demokratie.

³⁶ ch.ch/wahlen2019.

³⁷ Von einer Anführung der jeweiligen Zuständigkeiten für die einzelnen hier erwähnten Dienstleistungen wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit abgesehen.

Die politische Bildung spielt zudem im Rahmen der Vorbereitung auf die Einbürgerung eine bedeutsame Rolle. Des Weiteren umfasst das Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» verschiedenste Projekte, die Partizipationsmöglichkeiten erschliessen. Ziel ist es, möglichst breite Bevölkerungskreise unabhängig von der Nationalität in politische Prozesse einzubeziehen. Im Fokus stehen dabei vier Aspekte: die Information, die Mitsprache, die Mitgestaltung und die Mitentscheidung. Zuständige Bundesstelle ist die Eidgenössische Migrationskommission EKM.

4.1.2 Zusammenarbeit mit den Kantonen

Die Bundesverfassung verpflichtet Bund und Kantone, gemeinsam im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz zu sorgen.³⁸ Zu diesem Zweck haben Bund und Kantone das Bildungsmonitoring aufgebaut. Mit strategischen Leitsätzen und gemeinsamen Zielen soll dabei eine kohärente und zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bildungssystems Schweiz als Ganzem sichergestellt werden. Zusätzlich werden jeweils Bereiche bezeichnet, für welche in besonderer Weise eine Zusammenarbeit von Bund und Kantonen erforderlich sein wird. Wie die Erklärung 2015 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz festhält, zählt dazu unter anderem auch die politische Bildung.³⁹

Wie der Bundesrat in seiner Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016-2019 festhält, setzen sich Bund und Kantone für eine Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schule und Unterricht ein.⁴⁰ Diese Bestrebungen werden von mehreren Bundesstellen unterstützt, wie das gleich folgende Kapitel zeigt. Unter der nachhaltigen Entwicklung als Leitidee wird dabei fächerübergreifend auch das Thema «Politik, Demokratie und Menschenrechte» behandelt.

4.2 Förderung von Fachbereichen mit Schnittstellen zur politischen Bildung

Bei den in diesem Bereich durch den Bund ergriffenen Fördermassnahmen sind zunächst diejenigen Tätigkeiten und Ansätze zu erwähnen, die sowohl themenübergreifend als auch themenzentriert Zugänge zu politischer Bildung vermitteln und zur Erreichung ihrer Ziele beitragen können. Dazu zählt insbesondere Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE. BNE beruht auf einem gesamtheitlichen systemischen Verständnis und thematisiert Zusammenhänge im Spannungsfeld von Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuum. In ihrem Rahmen werden die nach dem *whole-of-government-approach* erfolgende Förderung der Menschenrechtsbildung, Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus, Umweltbildung, Gesundheitsbildung, des globalen Lernens sowie der ökonomischen Bildung koordiniert. Zu diesem Zweck wird als nationales Kompetenz- und Dienstleistungszentrum zur Umsetzung und Verankerung von BNE auf den Ebenen der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe II die Stiftung *éducation21* unterstützt.⁴¹ Beteiligt daran sind das Bundesamt für Raumentwicklung ARE, das Bundesamt für Umwelt BAFU, das Bundesamt für Gesundheit BAG, die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, das Bundesamt für Energie BFE, die Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB, das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV. Sie stimmen sich dabei unter Mitwirkung des Generalsekretariats der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren EDK untereinander ab. Ziel ist es unter anderem, den Ressourceneinsatz auf nationaler Ebene bestmöglich zu bündeln.

³⁸ SR 101, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Art. 61a Abs. 1, Bildungsraum Schweiz.

³⁹ WBF/EDK: Chancen optimal nutzen – Erklärung 2015 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz, Bern 2015.

⁴⁰ Schweizerischer Bundesrat, Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016-2019, 27. Januar 2016, S. 32. Vgl. auch Anhang 3 des vorliegenden Berichts.

⁴¹ Für weiterführende Angaben zur Förderung von BNE durch den Bund vgl. Anhang 3 des vorliegenden Berichts.

Anzuführen sind sodann die Massnahmen zur Förderung der Behandlung des Holocausts im Unterricht⁴² sowie die *Global Citizenship Education*.⁴³ Zuständige Bundesstellen sind die FRB, das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten und die Schweizerische UNESCO-Kommission.⁴⁴

Wichtige Erkenntnisse zur politischen Bildung in der Schweiz vermitteln die thematisch orientierten Jugendbefragungen *ch-x*, die aus den 1854 eingeführten Rekrutenbefragungen hervorgegangen sind. Die Befragungen werden in regelmässigen Abständen erhoben. Sie umfassen ein Set von gleichbleibenden Kernindikatoren, unter welchen unter anderem auch Bildung und Politik fungieren, und behandeln spezifische Forschungsthemen. Konzeption und Auswertung erfolgen durch Schweizer Hochschulen.⁴⁵ Hinzu kommt das *ch-x*-Langzeitprojekt *Young Adult Survey Switzerland YASS*, zu dessen Themenkreisen unter anderem die staatsbürgerlichen Orientierungen junger Erwachsener zählen.⁴⁶ Die Jugendbefragungen und YASS werden unter der Leitung der Eidgenössischen Kommission für Jugendbefragungen *ch-x* durchgeführt, die dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS zugeordnet ist.

5 Ausländische Beispiele der Förderung von politischer Bildung

Politische Bildung nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Kontext zu betrachten, ist allein schon deswegen unumgänglich, weil die sich mit ihr zu verfolgenden Ziele weltweit allen Staaten stellen, die sich zu den Werten der Demokratie bekennen. Bei zwischenstaatlichen Vergleichen ist dabei grundsätzlich zu beachten, dass gerade auch für diesen Bereich der Bildung historisch oder verfassungsmässig bedingten Eigenheiten Rechnung zu tragen ist. So ist die im Vergleich zur Schweiz starke Stellung der politischen Bildung in Deutschland historisch begründet und unter anderem darauf zurückzuführen, dass 1952 die Vorläuferin der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung ins Leben gerufen wurde, die den Auftrag hat, den demokratischen Gedanken in der Bevölkerung zu verankern und totalitären Bestrebungen entgegenzuwirken.⁴⁷ In Frankreich ist die politische Bildung Bestandteil eines vom Bildungsministerium 2016 veröffentlichten Leitfadens, des *parcours citoyen*, der festhält, mit welchen Zielsetzungen politische Bildung von der Grundschule bis zur Lehre und zum Gymnasium zu vermitteln ist, und auf die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen verweist.⁴⁸ Österreich wiederum verfügt über Gesetze, die festhalten, dass der Bund die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen

⁴² Zu erwähnen sind diesbezüglich die Mitgliedschaft der Schweiz bei der *International Holocaust Remembrance Alliance IRHA* sowie der jeweils am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, an Schweizer Schulen stattfindende Tag des Gedenkens an den Holocaust und der Verhütung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

⁴³ Vgl. Anhang 2.

⁴⁴ Ferner wird im Rahmen der Förderung der grenzüberschreitenden Bildungs Kooperation die Kooperation der Pädagogischen Hochschule Luzern mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem unterstützt. Zuständige Bundesstelle ist das SBFI. Vgl. Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020, S. 3180.

⁴⁵ Robin Samuel, Lena Berger & Manfred Max Bergman. Lebensstile, Konsum und Zukunftsperspektiven junger Erwachsener in der Schweiz. Eidgenössische Jugenderhebung 2012/2013. Wissenschaftliche Reihe *ch-x*, Band 24, S. 113.

⁴⁶ Stephan Gerhard Huber (Hrsg.), *ch-x. Junge Erwachsene heute. Bildung, Arbeit und Beruf. Gesundheit und Sport. Politik und zivile Verantwortung. Werte und Werteorientierung. Capabilities und Lebensperspektiven. Young Adult Survey Switzerland 2016* Band 1, Bern 2016.

⁴⁷ Kerstin Nebel, Adrian Vatter, David und Goliath? Politische Bildung in der Schweiz und Deutschland im Vergleich. VHS-Bulletin Nr. 1, April 2017, S. 22 ff.

⁴⁸ « Le parcours citoyen est ... un parcours éducatif qui vise à la construction, par l'élève, d'un jugement moral et civique, à l'acquisition d'un esprit critique et d'une culture de l'engagement dans des projets et actions éducatives à dimension morale et citoyenne. À ce titre, le programme d'enseignement moral et civique permet de structurer la continuité et la progressivité des apprentissages et expériences de l'élève. » Le Bulletin officiel de l'Education nationale no 25, 23 juin 2016.

Parteien durch Zuwendungen an Stiftungen und Vereine sowie die politische Erwachsenenbildung fördert.⁴⁹

Was die multilaterale Ebene anbelangt, so ist politische Bildung als Bestandteil von BNE auch Gegenstand der UNO-Agenda 2030,⁵⁰ mit deren Umsetzung auf internationaler Ebene für den Bereich der Bildung die UNESCO beauftragt worden ist.⁵¹ Zu verweisen ist sodann auf den vom Europarat erarbeiteten Referenzrahmen für eine demokratische Kultur, der sich als Modell für die Umschreibung von Kompetenzen versteht, die Bürgerinnen und Bürger benötigen, um an einer demokratischen Kultur teilnehmen zu können. Zudem bietet der Europarat eine breite Auswahl an Broschüren und Tools zur politischen Bildung an, an deren Konzeptionierung und Erstellung die Schweiz aktiv mitwirkt.⁵² Zur Förderung der politischen Bildung bekennt sich auch die EU.⁵³ So setzt sich eine von ihr ins Leben gerufene Arbeitsgruppe unter anderem das Ziel, das kritische Denken zu fördern, Abwehrkräfte gegenüber Diskriminierung und Indoktrinierung zu entwickeln und die Befähigung von Kindern und Jugendlichen zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte und Pflichten sicherzustellen.⁵⁴

6 Folgerungen des Bundesrates

Der Bundesrat stellt fest, dass es auf allen Stufen und in allen Bereichen des Bildungssystems der Schweiz ein breites Spektrum an Aktivitäten gibt, die auf die Förderung des politischen Interesses sowie auf die Befähigung zur Wahrnehmung der demokratischen Rechte und Pflichten ausgerichtet sind. Die der Vermittlung von politischer Bildung zugrundeliegenden Strukturen und die Praktiken zu ihrer Förderung haben sich grundsätzlich bewährt. Weiterentwicklungen sowie die Behebung allfälliger Lücken und die Nutzung von Synergien sollen im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten und in Beachtung der Autonomie der einzelnen Akteure erfolgen.

Vor diesem Hintergrund kommt der Bundesrat zu folgendem Befund:

- Eine umfassende Strategie des Bundes für die politische Bildung ist auf die Sicherstellung der Rahmenbedingungen und vielfältigen Möglichkeiten zur Erbringung und Nutzung von Bildungs- und Informationsangeboten auszurichten. Dem Subsidiaritätsprinzip ist dabei auch deshalb Rechnung zu tragen, weil die Vermittlung von politischer Bildung nur dann glaubwürdig erfolgen kann, wenn sie die bestehenden Zuständigkeiten respektiert. Von eigens für die politische Bildung durch den Bund in Erweiterung seiner Kompetenzen zu erlassenden Vorgaben landesweiter, bereichs- oder stufenspezifischer Natur ist somit grundsätzlich abzusehen, zumal dadurch auch die Prinzipien der Aufgabenentflechtung, der klaren Zuordnung der Verantwortlichkeiten und der Effizienz der staatlichen Leistungserbringung missachtet würden.

⁴⁹ Rahel Baumgartner, Eine Spritztour durch die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung in Österreich, in: Rahel Baumgartner, Hakan Gürses (Hrsg.), Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich, Schwalbach/Ts. 2015, S. 195.

⁵⁰ Agenda 2030, Ziel 4.7.: Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.

⁵¹ Bildung 2030. Incheon-Erklärung. Inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sowie lebenslanges Lernen für alle [UNESCO, 2016].

⁵² www.coe.int/competences. Ende 2018 wird der Europarat das Projekt *Free to speak, Safe to Learn: Democratic schools for All* mit der Zielsetzung der Entwicklung und der Förderung einer demokratischen Kultur in Europa lancieren.

⁵³ Dazu vgl. die am 17. März 2015 von den EU-Bildungsministern unterzeichnete *Deklaration von Paris* (Déclaration sur la promotion de l'éducation à la citoyenneté et aux valeurs communes de liberté, de tolérance et de non-discrimination. http://cache.media.education.gouv.fr/file/03_-mars/66/9/2015_mobilisation_declaration_FR_401669.pdf

⁵⁴ ET 2020 Working Group on Promoting Citizenship and the Common Values of Freedom, Tolerance and Non-Discrimination through Education. <https://ec.europa.eu/assets/eac/et2020/apr18/newsletter-et2020.html>.

- Was die Zusammenarbeit und Koordination mit den Kantonen betrifft, so wird der politischen Bildung weiterhin dadurch Nachdruck verliehen, dass sie Bestandteil der Erklärung 2015 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen ist, über deren Umsetzung an den behördlichen Steuerungsausschuss zu berichten ist.⁵⁵
- Handlungsbedarf ist auf nationaler Ebene insofern gegeben, als ein Gesamtüberblick über die Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung fehlt. Der Bundesrat empfiehlt deshalb, ausgehend vom vorliegenden Bericht, die Erstellung und regelmässige Aktualisierung einer kurzen, stufen- und bereichsübergreifenden Dokumentation, die auf das Erscheinen des Bildungsberichts abzustimmen ist. Im Sinne des Whole-of-government-Ansatzes und der Bündelung der Kräfte soll sie ebenfalls eine Übersicht über die Bestrebungen des Bundes zur Förderung von BNE einschliessen. Die Dokumentation dient dazu, die Nutzung der bestehenden Angebote und Förderinstrumente zu optimieren, die politische Bildung in den internationalen Kontext einzuordnen und allfällige Defizite zu erkennen.

Unbestritten ist für den Bundesrat, dass die Schweiz gefordert ist, die Demokratie auf allen Staatsebenen national und international zu stärken. Auch die politische Bildung hat ihren Beitrag dazu zu leisten.

⁵⁵ Der Steuerungsausschuss setzt sich aus der Vorsteherin oder dem Vorsteher des WBF und der Plenarversammlung der EDK zusammen, die durch das Präsidium vertreten wird. Er nimmt eine Konkretisierung der gemeinsamen Vorbereitungs- und Entwicklungsarbeiten vor, erstellt das gemeinsame Arbeitsprogramm und legt die Modalitäten für seine Umsetzung auf Verwaltungsebene fest. Vgl. Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020, S. 3259 f.

7 Anhang

7.1 Anhang 1

Text des Postulats

16.4095 Postulat

Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz

Eingereicht von: Caroni Andrea

Einreichungsdatum: 15.12.2016

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, eine umfassende Strategie zur politischen Bildung zu entwickeln. Ziel ist es, die politische Mitwirkungskompetenz der gesamten Bevölkerung langfristig zu erhalten und zu fördern.

Begründung

Die starken demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sind eine tragende Säule unseres Landes. Damit sich möglichst viele Menschen in unserer Demokratie einbringen können, muss die Mitwirkungskompetenz der Gesamtbevölkerung laufend gestärkt und gefördert werden, namentlich in einem sich verändernden Umfeld (Digitalisierung, abnehmende Bindungskraft traditioneller Institutionen, zunehmende Leuchtturmwirkung eidgenössischer Wahlen und Abstimmungen usw.).

Der Bundesrat hat zwar in den Antworten auf verschiedene Vorstösse bereits einige Einzelaspekte der politischen Bildung in der Schweiz sektoriell beleuchtet, so anlässlich der Vorstösse Aubert 13.3751 (Staatskunde Sek. II), Reynard 14.3470 (Stimmrechtsalter 16), Masshardt 14.4267 (institutionelle und finanzielle Aspekte), Masshardt 15.4023 (Berufsbildung), Amherd 16.3833 (Staatskunde Sek. I) und Müller Damian 16.3780 (Milizsystem).

Es fehlen aber zum einen zentrale Teilbereiche wie die Erwachsenenbildung im Sinne des lebenslangen politischen Lernens.

Vor allem aber fehlt eine zusammenhängende Gesamtschau der nationalen Landschaft politischer Bildung. Eine solche würde eine kohärente nationale Strategie für die politische Bildung ermöglichen und dabei Schnittstellen, Lücken und mögliche Synergien und Weiterentwicklungen im Sinne eines wirkungsorientierten Zielsystems (wie es in anderen Politikfeldern bereits besteht) aufzeigen.

Die mit dem Bericht zu entwickelnde Strategie soll neben der schulischen politischen Bildung aller Stufen auch die ausserschulische politische Bildung und auch die Erwachsenenbildung umfassen. Nebst dem aktuellen Zustand, den Zielen und den Handlungsfeldern sind auch allfällig nötige Anpassungen der rechtlichen Grundlagen darzustellen. Dabei soll sich der Bericht nicht nur an den bestehenden Instrumenten aller Stufen orientieren, sondern auch neue Ansätze und Organisationsformen aufzeigen und dabei auch von den Erfahrungen anderer Länder profitieren.

Stellungnahme des Bundesrates vom 15.02.2017

In den erwähnten Vorstössen zur politischen Bildung in der Schweiz betonte der Bundesrat stets, wie wichtig ihm die politische Partizipation der Bevölkerung und die entsprechende Bildung sind.

Bund und Kantone setzen sich für die politische Bildung gemäss ihrer "Erklärung 2015 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz" ein. Sie integrierten das Thema in die (Rahmen-)Lehrpläne der Primarstufe und der Sekundarstufen I und II. Der Bund stellt zudem ein kostenloses Leitprogramm zur Publikation "Der Bund kurz erklärt" zur Verfügung und unterstützt damit die Lehrkräfte direkt im Unterricht. Der Bericht vom Juni 2016 zur Erfüllung des Postulates Aubert 13.3751 zeigt denn auch auf, dass der Staatskundeunterricht an den Mittel- und Berufsfachschulen grundsätzlich gut verankert ist. Der Bundesrat und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) haben dennoch zum Ziel, bei künftigen Revisionen der

Lehrpläne auf nationaler Ebene die staatskundlichen Bildungsinhalte weiter zu konkretisieren und die Lehrpersonen für die Nutzung der Lehrpläne zu sensibilisieren. Die Bereitschaft der EDK zur Mitwirkung ist dafür zentral, da die Kantone gemäss Artikel 62 Absatz 1 der Bundesverfassung für weite Teile des Bildungswesens verantwortlich sind.

Basierend auf dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) unterstützt der Bund zudem Trägerschaften und Projekte im ausserschulischen Bereich zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen, wie z. B. den Dachverband Schweizer Jugendparlamente und die eidgenössische Jugendsession. Weiter betreiben Bund, Kantone und Gemeinden diverse Informationsportale (ch.ch, Civicampus, Erklär mir das Parlament, Juniorparl). Die vom Bundesrat konzessionierte SRG SSR trägt mit ihren Sendungen zur politischen Meinungsbildung der Bevölkerung bei. Über politische Rechte im Allgemeinen informiert "Der Bund kurz erklärt". Zudem legt der Bundesrat Wert auf eine klare Präsentation der Inhalte eidgenössischer Abstimmungsvorlagen.

Für die nichtformale politische Erwachsenenbildung gilt das Weiterbildungsgesetz. Das Weiterbildungsgesetz (Webig; SR 419.1) postuliert, dass der einzelne Mensch die Verantwortung für seine Weiterbildung trägt (Art. 5 Abs. 1 Webig). Bund und Kantone tragen in Ergänzung zur individuellen Verantwortung dazu bei, dass sich Personen ihren Fähigkeiten entsprechend weiterbilden können (Art. 4 Bst. a Webig). Sie nehmen grundsätzlich keinen Einfluss auf die Inhalte. Ein inhaltliches Engagement des Bundes in diesem Bereich wäre ein Eingriff in die Autonomie der Bildungsanbieter. Es würde einen Aufbau bürokratischer Strukturen mit finanziellem und personellem Mehraufwand mit sich bringen.

Die schulischen und ausserschulischen Initiativen mit Ziel politische Bildung sind vielfältig und werden vom Bund (mit)gesteuert. Hinzu kommt, dass die Stimmbeteiligung sich bei eidgenössischen Volksabstimmungen seit 35 Jahren nicht verändert hat und auf einem Niveau von rund 40 Prozent bewegt.

Der Bund wird sich mit seinen verfügbaren Ressourcen weiterhin für die Förderung der Mitwirkungskompetenz der Bevölkerung einsetzen. Angesichts der angespannten Haushaltlage investiert der Bundesrat die Ressourcen jedoch lieber in konkrete Massnahmen als in einen weiteren Bericht.

Antrag des Bundesrates vom 15.02.2017

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Entscheid des Ständerates vom 06.03.2017

Annahme des Postulates.

7.2 Anhang 2

Zusammenfassende Darstellung der Förderung von **Fachbereichen mit Schnittstellen zur Politischen Bildung** durch den Bund (Stand Juni 2018).⁵⁶ Die Darstellung erfolgt nach Zuständigkeiten der Departemente.

EDA		
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen
Staatssekretariat	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von <i>Global Citizenship Education</i> im non-formalen und informellen Bildungsbereich der Schweiz - Lehrerhandbuch zur Prävention von gewalttätigem Extremismus 	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Global Citizenship Education</i> soll Ansätze begünstigen, die Lernende dazu motivieren und befähigen, bei der Lösung globaler Herausforderungen eine aktive Rolle zu spielen und sich für eine friedlichere, tolerantere und inklusivere Welt für alle einzusetzen. (Vgl. http://www.unesco.ch/) - Das von der UNESCO 2016 publizierte Lehrmittel bietet praktische Tipps und Ratschläge für Lehrpersonen zur Behandlung des Problems des gewalttätigen Extremismus im Unterricht.
Politische Direktion PD	<ul style="list-style-type: none"> - Publikation der aussenpolitischen Zeitschrift <i>Politorbis</i> - Aktivitäten der Sektion Menschenrechtspolitik der Abteilung Menschliche Sicherheit zum Thema Menschenrechtsbildung - Master in Mediation 	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Politorbis</i> richtet sich an ein breitgefächertes an aussenpolitischen Fragen interessiertes Publikum innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung. - Weiterbildungskurs für Angestellte der Bundesverwaltung zum Thema Menschenrechte. - Unterstützung der Menschenrechtsfilmfestivals in Genf, Zürich und Lugano, die Menschenrechtsbildung für Sekundar-, Gymnasial- sowie Berufsschülerinnen und -schüler anbieten. - Fachliche Beiträge an Workshops und Weiterbildungsanlässe von Schweizer NGO wie z.B. Amnesty International Schweiz und Swisspeace. - Unterstützung der Informationsplattform humanrights.ch, eines Projekts des Vereins Humanrights.ch/MERS. - Die ETH Zürich hat in Zusammenarbeit mit dem EDA im November 2017 den Master of Advanced Studies <i>ETH Mediation in Peace Processes</i> lanciert. Der Studiengang ist auf die Mediation in Friedensprozessen bei internationalen politischen Konflikten ausgerichtet.

⁵⁶ Die Angaben beruhen auf einer bundesinternen, durch das SBFI schriftlich durchgeführten Umfrage. Aktivitäten der politischen Bildung als solcher (vgl. Kap. 4.1) sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht Gegenstand der vorliegenden Darstellung.

	<ul style="list-style-type: none"> - Peace Mediation Course PMC - Religion and Mediation Course RMC 	<ul style="list-style-type: none"> - Der PMC ist ein zweiwöchiger vertiefter Kurs zu Mediation, der seit 2008 vom EDA organisiert wird. Er ist zu einer wichtigen jährlichen Veranstaltung für hochqualifizierte Ausbilderinnen und Ausbilder sowie schweizerische und internationale Praktikerinnen und Praktiker geworden, die ihr Verständnis von Mediation vertiefen und die zum guten Ablauf eines Friedensprozesses benötigten Kompetenzen, Kenntnisse und Haltungen erwerben wollen. - Der von der ETH Zürich und dem EDA organisierte RMC ist ein spezialisiertes Training für Mediatorinnen und Mediatoren, Friedensfördererinnen und -förderer, politische Entscheidungsträger und andere Interessierte, die im Bereich der Lösung gewalttätiger Konflikte mit starken religiösen Komponenten arbeiten. Durch den Kurs sollen die Teilnehmenden ihr Verständnis für das Zusammenspiel von Religion und Politik in gewalttätigen politischen Konflikten vertiefen.
Direktion für Europäische Angelegenheiten DEA	- Europa-Seminare: Ausbildungsprogramm zur Vertiefung der Kenntnisse von Bundes- und Kantonsangestellten.	- Ziel der Seminare ist es, die zentralen Herausforderungen der Europäischen Integration zu erläutern und den Teilnehmenden ein theoretisches und praktisches Wissen zu vermitteln, das ihnen bei Problemstellungen in ihrem beruflichen Alltag weiterhilft.
Direktion für Völkerrecht DV	<ul style="list-style-type: none"> - Themenbereich Kinderrechte und Terrorismus - International Holocaust Remembrance Alliance IHRA 	<ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung eines Handbuchs und von Schulungsunterlagen zum Umgang mit Kindern, die sich terroristischen Gruppierungen angeschlossen haben, durch das United Nations Office on Drugs and Crime UNODC. - Durchführung regionaler Schulungsanlässe durch das International Institute for Justice and the Rule of Law für Richterinnen, Staatsanwältinnen, Polizistinnen und Behörden des Strafvollzugs auf der Grundlage des <i>Neuchâtel Memorandum über gute Praktiken der Jugendstrafjustiz in der Terrorismusbekämpfung</i>. - Die Schweiz präsidierte 2017 die IHRA. Dabei hat das EDA verschiedene Projekte in der Schweiz unterstützt, deren Ziel es ist, die im Rahmen von Ausstellungen sowie realen und virtuellen Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden das Wissen über und die Erinnerung an den Holocaust zu erhalten.
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA	- <i>Project Humanity</i> - Lehrmittel und Schulprojekt zum Thema <i>Werteorientierte Bildung - der nächsten</i>	- In Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zug wurde ein vom Schweizerischen Roten Kreuz, der International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies sowie dem International Committee of the Red Cross unterstütztes Schulprojekt lanciert, das es jungen Menschen erlauben soll, ihr Interesse für die humanitären Prinzipien zu wecken.

	<p><i>Generation Zugang zu humanitären Prinzipien und Werten verschaffen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Wanderausstellung «Flucht» - Jahreskonferenzen, Sensibilisierungsmassnahmen und Vorträge an öffentlichen Schulen, Gymnasien, Fachhochschulen und Universitäten zu Themen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe - DEZA-Magazin «Eine Welt» - DEZA-Newsletter - Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE 	<ul style="list-style-type: none"> - In der Ausstellung «Flucht» finden die Besucher Geschichten von Menschen, die wegen Gewalt, Krieg und Verfolgung zur Flucht gezwungen wurden. Ein Dossier für Schulen wurde entwickelt, das Vorschläge enthält, wie Lehrpersonen mit Lernenden unterschiedlicher Stufen in der Ausstellung arbeiten und Kompetenzen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE gefördert werden können. Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Eidgenössischen Migrationskommission, des Staatssekretariats für Migration, des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge und der DEZA. - Themen: Ostzusammenarbeit, Südzusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Migration, Flucht, Rolle der DEZA im globalen Migrationsdialog, globale Ernährungssicherheit, nachhaltige Nahrungsmittelsysteme, Wasserfussabdruck, Wasserrisiko, globale Gesundheit, Agenda 2030 und Ziele für nachhaltige Entwicklung SDG, Rolle der Schweiz in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. - Das kostenlose Magazin "Eine Welt" erscheint viermal im Jahr und bietet Einblicke in Entwicklungsländer aus ungewohnten Perspektiven. Es soll der Bevölkerung erlauben, die Hintergründe, Probleme und Chancen einer engagierten internationalen Zusammenarbeit kennenzulernen. Das Magazin informiert regelmässig über wichtige Entwicklungsthemen und nimmt zu aktuellen Fragen Stellung (www.eda.admin.ch/deza > Publikationen und Service > Publikationen > Publikationsreihen > Eine Welt). - Der DEZA-Newsletter erscheint alle zwei Monate und enthält aktuelle Informationen zur Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe der Schweiz. - Vgl. Anhang 3.
--	---	---

	- Projekte und Programme in Entwicklungs- und Schwellenländern	<p>- Politische Bildung ist auch ein Aspekt verschiedener Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland, beispielsweise in Gouvernanzprogrammen oder für den Umgang mit globalen Herausforderungen wie Wasser und Klima.</p> <p>- Im Rahmen ihres Engagements für demokratische Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung fördert die DEZA mehrjährige Programme für politische Bildung in der Ukraine, in Moldawien und in Kosovo. Dazu kommen Programme zur Unterstützung der Arbeit von Parlamenten, beispielsweise via eine Zusammenarbeit mit den Schweizer Parlamentsdiensten, wobei die Partnerländer vom Schweizer Wissen im Bereich politischer Bildung profitieren (z.B. in Mazedonien).</p> <p>- Das Globalprogramm Klimawandel der DEZA hat mit dem United Nations Institute for Training and Research UNITAR für Entwicklungsländer nationale Lernstrategien zum Thema Klimawandel erarbeitet, um diese Thematik in Lehrpläne einzubauen.</p> <p>- Online-Einführungskurs Klimawandel: Über die Webseite von UNITAR wird mit Unterstützung der DEZA zudem ein 6-teiliger Online-Einführungskurs zum Klimawandel angeboten (www.unclearn.org).</p> <p>- Das Globalprogramm Wasser unterstützt Jugendliche und junge Berufstätige bei Sensibilisierungsmassnahmen zur Wasserthematik und fördert deren Fähigkeit, sich im politischen Dialog zu Wasserthemen einzubringen, beispielsweise im Rahmen des European Youth Parliament for Water.</p> <p>- Die DEZA hat das Konzept Blue School mitentwickelt, welches zum Ziel hat, bei Schulkindern Wissen zum Wasserzyklus und zum schonenden Umgang mit Wasserressourcen zu fördern.</p>
EDI		
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen
Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB	- Finanzhilfen an Bildungsprojekte in Schulen zu den Themen rassistische Diskriminierung und Menschenrechte.	- Vgl. Anhang 3.
Bundesamt für Gesundheit BAG	- Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (Unterstützung von éducation21, dem nationalen Kompetenzzentrum für BNE)	- Vgl. Anhang 3
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und	- Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (Unterstützung von	- Vgl. Anhang 3.

Veterinärwesen BLV	éducation21, dem nationalen kompetenzzentrum für BNE).	
EJPD		
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung SIR	- Einführungsveranstaltungen im SIR	- Veranstaltung für Studierende aller Rechtsfakultäten und teilweise auch andere Gruppen u.a. zu den Themen Gesetzgebungsprozesse ausländischer Rechtssysteme im Allgemeinen und der Rolle der Rechtsvergleichung im Besonderen.
VBS		
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen
Generalsekretariat VBS	- Jugendbefragungen ch-x	- Die aus den 1854 eingeführten Rekrutenbefragungen hervorgegangene Jugendbefragung, die ein Set von gleichbleibenden Kernindikatoren umfasst, unter welchen unter anderem auch Bildung und Politik figurieren.
Bundesamt für Bevölkerungsschutz z BABS	- Wissensplattform www.alert.swiss - Ausbildungsangebote	- Informationsplattform rund um die Vorsorge und das Verhalten bei Katastrophen und Notlagen u.a. mit dem Ziel der Förderung der Wahrnehmung von individueller und gesellschaftlicher Verantwortung gemäss Art. 6 BV («Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei»).
		- Die Angebote richten sich an Funktionsträgerinnen und -träger im Bevölkerungsschutz, die im Rahmen der Notorganisationen von Gemeinden, Regionen und Kantonen sowie in Einzelfällen auch in Betrieben Aufgaben in den Bereichen Führung, Führungsunterstützung, Schutz und Betreuung sowie Kulturgüterschutz wahrzunehmen haben.
Bundesamt für Landestopografie swisstopo	- Plattform www.sCHoolmaps.ch	- Lehrpersonen entwickeln zusammen mit Fachexpertinnen und -experten von swisstopo sowie Fach- und Mediendidaktikerinnen und -didaktikern Unterrichtssettings mit Einbezug des Kartenviewers des Bundes (map.geo.admin.ch) und nutzen diese in der Praxis. Kooperationspartner: Bundesamt für Kommunikation BAKOM, Beratungsstelle Digitale Medien in Schule und Unterricht – imedias der Pädagogischen Hochschule Fachhochschule Nordwestschweiz, Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin CIIP, Haute Ecole Pédagogique des cantons de Berne, du Jura et de Neuchâtel, Scuola

		universitaria professionale della Svizzera italiana, lokale Partnerorganisationen im schulisch-didaktischen Bereich.
Verteidigung, Kommando Ausbildung, Ausbildungsvorgaben und Steuerung	<ul style="list-style-type: none"> - Orientierungstag für Stellungspflichtige - Allgemeine Grundausbildung im Grundausbildungsdienst in Rekrutenschulen und Kadernschulen - Ausbildung an der Militärakademie MILAK für angehende Berufsoffiziere (Bachelor of Arts ETH in Staatswissenschaften) 	<ul style="list-style-type: none"> - Stellungspflichtige werden über ihre Rechte und Pflichten zu ihrer bevorstehenden Militärdienstpflicht und über die Instrumente der Sicherheitspolitik informiert. - Rekruten, Unteroffiziere und Offiziere werden im Grundausbildungsdienst in folgenden politischen Bereichen ausgebildet (Pflichtausbildung): Schweizerische Sicherheitspolitik, Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Armee, Ethik / Rechtskunde / Kriegsvölkerrecht, Extremismus, Diversitymanagement, Polizeibefugnisse der Truppe und Wachtdienst. - Angehende Berufsoffiziere absolvieren als Grundausbildung den 3 ½-jährigen Bachelor-Studiengang Staatswissenschaften. Ziel des Studienganges ist es, die angehenden Berufsoffiziere zu befähigen, ihre Führungsfunktionen auf umfassende Kenntnisse staats-, sozial- und militärwissenschaftlicher Disziplinen abzustützen. Themen im Bereich der politischen Bildung: Rechtliche Grundlagen der Sicherheitspolitik, Schweizer und Internationale Sicherheitspolitik, Völkerrecht, Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen, Europäische Politik, Schweizer Aussenpolitik, Cyber im internationalen Umfeld.
EFD		
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV	- Informationen und Ausbildung betreffend das schweizerische Steuersystem und die Mitwirkungspflichten im Steuerwesen	- Broschüren und Vortragsservice an Schulen.
Eidgenössische Zollverwaltung EZV	- Höhere Fachschule Zoll: a) Modul Recht und Politik	<ul style="list-style-type: none"> - Für angehende Dipl. Zollexpertin HF / Dipl. Zollexperte HF. a) Die Studierenden besuchen ein zweiwöchiges Modul im Rahmen der Höheren Fachschule Zollverwaltung. Es werden in erster Linie bildungspolitische und rechtliche Themen bezogen auf den Aufgabenbereich und die Verantwortlichkeiten der Eidg. Zollverwaltung vermittelt (rechtsstaatliche Grundsätze; Gesetzgebung und Politik; nationale und internationale Geschäfte; Besuch einer Session im Nationalrat).

	<p>b) EU-Seminar</p> <p>- Berufliche Aus- und Weiterbildung (Basisausbildung) Grenzwächterin/Grenzwächter mit eidgenössischem Fachausweis</p>	<p>b) Die Studierenden besuchen ein EU-Seminar im Rahmen der Höheren Fachschule Zollverwaltung, welches die Themen Europäische Union und Recht sowie schweizerische Europapolitik umfasst.</p> <p>- Grundkenntnisse im Bereich Staatskunde sind für die Ausbildung zum Grenzwächter/zur Grenzwächterin Voraussetzung bzw. werden anlässlich des Aufnahmeverfahrens geprüft. Im Rahmen der Basis- und Weiterbildungen werden fachspezifisch u. a. die folgenden Themen behandelt: Aufgaben und Organisation EZV, Schengen, Drogenpolitik des Bundes, Grundlagen des Rechts, Aufbau Rechtsstaat, Menschenrechte / Berufsethik.</p>
WBF		
Zuständige Stelle	Aktivität	Bemerkungen
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFi	- Unterstützung der Kooperation zwischen der Pädagogischen Hochschule Luzern und der Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem	- Durchführung von Seminaren an der Gedenkstätte Yad Vashem für angehende Lehrpersonen. Thema: Behandlung des Holocausts im Unterricht.
UVEK		
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen
<p>Bundesamt für Umwelt BAFU</p> <p>und</p> <p>Bundesamt für Raumentwicklung ARE</p>	- Unterstützung von éducation21, dem nationalen Kompetenzzentrum „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.	- Vgl. Anhang 3.

7.3 Anhang 3

Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung und der Menschenrechtsbildung

Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE

Die nachhaltige Entwicklung und ihre Förderung durch den Bund ist ein Verfassungsauftrag.⁵⁷ Der Bundesrat legt jeweils für vier Jahre seine politischen Absichten zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz in der Strategie *Nachhaltige Entwicklung* fest. Die nachhaltige Entwicklung wird nicht als sektorpolitische Aufgabe verstanden, sondern als übergeordnete Anforderung, die nach dem *whole-of-government-approach* in sämtlichen Politikfeldern umzusetzen ist. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat in der Strategie Nachhaltige Entwicklung festgehalten, dass sich Bund und Kantone für eine Integration von Bildung für Nachhaltige Entwicklung BNE in Schule und Unterricht einsetzen.⁵⁸ Dazu unterstützt der Bund die Stiftung *éducation21* – eine Fachagentur der EDK. Als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für BNE für die Volksschule und die Sekundarstufe II trägt *éducation21* massgeblich zur Verstetigung und Entwicklung von BNE bei und arbeitet dabei eng mit Bund, Kantonen und Verbundpartnern zusammen.

Der BNE-Unterricht verbindet Themen (Gesellschaft, Umwelt, Wirtschaft, Raum und Zeit), Kompetenzen und Prinzipien. BNE ist kein neues Fach, sondern knüpft an aktuelle Themen an, die in der Schule etabliert und in den Lehrplänen verankert sind. Zudem ist BNE Gegenstand der Agenda 2030 (Bildungsziel 4.7).

Federführende Bundesstelle für BNE ist das ARE. Ihm obliegt die Leitung der *Gruppe BNE Bund*, in welcher das BAFU, das BAG, das BFE, das BLV, die DEZA, das GS-EDI (Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB), das SBFJ sowie mit Gaststatus die EDK vertreten sind.

Menschenrechtsbildung

Die Menschenrechte sind in der Bundesverfassung verankert und Gegenstand der Agenda 2030.⁵⁹ Im Lehrplan 21 ist der Themenbereich *Politik, Demokratie und Menschenrechte* unter der Leitidee Nachhaltige Entwicklung als überfachliches Thema für die Sekundarstufe I definiert und somit für die gesamte Deutschschweizer Bildungslandschaft curricular verankert. Im Zentrum dieses Themas steht: Zusammenleben gestalten; Demokratie und Menschenrechte verstehen und sich dafür engagieren.

Die FRB leistet seit 2001 Finanzhilfen an Bildungsprojekte in Schulen zu den Themen rassistische Diskriminierung und Menschenrechte. Die Prüfung, Beurteilung, Begleitung und Evaluation der Projektgesuche im schulischen Bereich erfolgt in Absprache mit den für Bildung zuständigen Kantonen durch *éducation21*. Die Projekte behandeln Themen wie den Umgang mit Fremden, Ausgrenzungsmechanismen, Zivilcourage, den Holocaust sowie Rassismus im Alltag.

Die FRB, das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen EBGB, die Eidgenössische Migrationskommission EKM finanzieren gemeinsam Projekte im Bereich des Menschenrechtslernens. Damit soll die Selbstverantwortung der Kinder und Jugendlichen und deren aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gefördert werden. Auswahl und Begleitung erfolgen durch *éducation21*.

⁵⁷ SR 101, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Art. 2, 54 und 73.

⁵⁸ Schweizerischer Bundesrat, Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016-2019, 27.01.2016, S.32, «Bund und Kantone setzen sich für eine Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schule und Unterricht ein.»

⁵⁹ Ziel 4.7: Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.

8 Glossar

Abkürzung	Bedeutung
ABU	Allgemeinbildender Unterricht
ARE	Bundesamt für Raumentwicklung
BABS	Bundesamt für Bevölkerungsschutz
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BAKOM	Bundesamt für Kommunikation
BBG	Berufsbildungsgesetz
BFE	Bundesamt für Energie
BLV	Bundesamt Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
BNE	Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
CIIP	Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin
DEA	Direktion für Europäische Angelegenheiten
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DV	Direktion für Völkerrecht
EBGB	Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EKM	Eidgenössische Migrationskommission
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EZV	Eidgenössische Zollverwaltung
FRB	Fachstelle für Rassismusbekämpfung
HF	Höhere Fachschule
IHRA	International Holocaust Remembrance Alliance
KJFG	Kinder- und Jugendförderungsgesetz
MILAK	Militärakademie
NGO	Non-governmental organization
OdA	Organisationen der Arbeitswelt
PD	Politische Direktion
PMC	Peace Mediation Course
RMC	Religion and Mediation Course
SBF	Staatssekretariat für Bildung und Forschung
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
SDG	Sustainable Development Goals
SEM	Staatssekretariat für Migration

Abkürzung	Bedeutung
SIR	Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
SNF	Schweizerischer Nationalfonds
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
UNITAR	United Nations Institute for Training and Research
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VSH	Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden
WBF	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
YASS	Young Adult Survey Switzerland